

---

## Diskussion

### zu dem Referat von Lutz Niethammer „Wege aus der sozialen Einheit - Wege zur sozialen Einheit?“\*

---

Dieter Wunder (Vorsitzender der GEW): Ich habe das Motto dieses Werkstattgesprächs „Wege zur sozialen Einheit“ bisher anders verstanden als Herr Niethammer: Denen soll es so gut gehen wie uns. Nun ist unser Blick auf Wege zur Bewältigung dieser Aufgabe durch Hinweise auf die innere Verfaßtheit der DDR-Bevölkerung erweitert worden. Daran schließt sich für mich die Frage an, was dabei herauskommen würde, wenn wir auch die westdeutsche Gesellschaft in gleicher Weise analysieren würden?

Eine zweite Bemerkung: Ich habe an der einen oder anderen Stelle den Eindruck gehabt, daß Sie sich - wie das bei Ethnologen meist der Fall ist - sehr liebevoll über Ihr Objekt gebeugt haben, zum Teil auch ein bißchen idealisierend. Das ist für den, der für viele Mitglieder in den neuen Bundesländern zuständig ist, sympathisch: Es hilft ihm, das eine oder andere besser zu verstehen. Dennoch müßte dieses etwas idealisierende Bild durch Aspekte ergänzt werden, die nicht so angenehm zu formulieren sind und die womöglich auch Gräben aufreißen. Aber wenn wir uns besser verstehen wollen, müssen wir auch das, was nicht so angenehm ist, für das wir nicht so viel Verständnis haben, deutlich formulieren. Ich will ein Beispiel nennen: Sie haben von der Klugheit des Abwartens gesprochen. Man könnte es auch anders formulieren, und dann wird es schon unangenehmer: Man vermißt manchmal im Gespräch den eigenen Standpunkt, man hat dann den Eindruck, der „Opportunismus“ drüben ist noch ein bißchen größer als bei uns im Westen. Sind solche Fragen gerechtfertigt?

Eine dritte Bemerkung: Sie haben den Zustand einer Gesellschaft bis 1989 charakterisiert. Wenn das so richtig ist, wie Sie das geschildert haben, wie haben sich diese Dispositionen, Einstellungen, Merkmale in den letzten drei Jahren entwickelt?

Norbert Ranft (Vorstandsverwaltung der IG Bergbau und Energie): Es ist hier ein Bild der DDR-Gesellschaft gezeichnet worden, von dem man einiges gesehen und erfahren hatte, das aber in solcher Prägnanz noch nicht vorgeführt worden ist. Sie haben sozusagen die Funktionsweise der gesellschaftlichen Identität, der Muster und Verhaltensweisen, die stabilisierend gewirkt haben, beschrieben. Ihre Beschreibung liefert allerdings kein Erklärungsmuster für den rapiden Zusammenbruch all dieser Identifikationsmecha-

---

\* Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge nach einem Bandmitschnitt des Werkstattgesprächs „Wege zur sozialen Einheit“ am 11. Februar 1993 in Düsseldorf.

nismen und gesellschaftlich stabilisierenden Elemente seit Ende der achtziger Jahre.

Burchard Bösche (Vorstandsverwaltung der NGG): Ich möchte von meiner Erfahrung berichten, die ich in einem Seminar für Mitglieder unserer Gewerkschaft zum Thema Arbeitsrecht gemacht habe. Ich bin es gewohnt, arbeitsrechtliche Zusammenhänge historisch darzustellen, damit die Kollegen erkennen, wie das heutige Arbeitsrecht entstanden ist. Dieses Seminar bestand zur Hälfte aus Hauptamtlichen aus den neuen Bundesländern. Am Ende der Veranstaltung ist mir klargeworden, daß ich den ganzen Tag über westdeutsche Geschichte referiert hatte. Das macht offenkundig, daß ostdeutsche Geschichte für uns Westler sozusagen nicht stattgefunden hat. Mit einer solchen Situation können insbesondere Gewerkschaften nicht leben. Deswegen bin ich froh über diesen differenzierten Ansatz, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen. Nach vielen Diskussionen und Kontakten weiß ich inzwischen: Unter denjenigen, die 40 Jahre lang von der DDR-Gesellschaft geprägt worden sind, gibt es keineswegs nur vom Staat Bespitzelte, keineswegs nur Gebrochene, sondern sehr viele Leute, die gerade in dieser Gesellschaft einen hohen moralischen Standard für sich bewahrt haben und die in ihrem beschränkten Umfeld eine durchaus konsequente Interessenvertretung gemacht haben, und zwar mit einem Anspruch, den mancher im Westen noch einlösen müßte. Wir haben allen Grund, das hoch zu schätzen und als Tradition bei uns einzubringen.

Lutz Niethammer: Ich möchte zunächst die Frage nach den Zusammenbruchsverläufen aufgreifen. Drei Dinge scheinen mir dabei besonders wichtig: Das erste war die subjektive Erfahrung, daß die sowjetischen Gesellschaften mit dem neuen Technologie- und Weltwirtschaftsschub seit Ende der siebziger Jahre nicht haben mithalten können. 1987 haben alle von uns Interviewten von einer objektiven Rückläufigkeit der Produktivität gesprochen. Selbst Parteifunktionäre haben auf die Frage, wie es weitergehen sollte, geantwortet, daß sie keine Ahnung hätten. Die Alltagserfahrung war also von absoluter Perspektivlosigkeit geprägt. Als zweiten Faktor würde ich die absolute Entgeisterung über die Haltung der Führung gegenüber Gorbatschow nennen, weil Gorbatschows Politik, auch in der DDR, allgemein als ein Symbol der Hoffnung auf Liberarisierung galt.

Der dritte und wichtigste Faktor war der totale Generationenriß in der DDR-Gesellschaft. Das, was ich über die Gesellschaft der DDR gesagt habe, ist ja vor allem für die ältere Generation charakteristisch. Die jüngeren Leute sind in dieses Arrangement nur noch partiell eingestiegen, weil sie die Blockiertheit der Verhältnisse durchaus gespürt haben. Jeder, der sich noch an die Bilder des Aufbruchs erinnert, an die Anfänge der Bürgerbewegung und die ersten Demonstrationen in Leipzig, weiß, daß es vornehmlich Leute unter 40 waren. Erst später, um Weihnachten herum, hat sich dieses Bild gewandelt. Ich glaube, daß man sich, ohne dies hier tun zu können, den Ablauf zwischen dem Sommer 1989 und der Währungsunion sehr genau anschauen muß. Zunächst

gab es eine Begeisterung für eine DDR-immanente Revolution, deren Hauptziel quer durch alle Bürgerbewegungen eine Kulturgesellschaft und die Liberalisierung des Regimes war. Die Bürgerbewegungen hatten aber kein Wirtschaftsprogramm und kein nationales Programm. Das waren sozusagen die beiden Einf allstore, über die die anderen Kräfte hineingekommen sind.

Die Wahlen zur Volkskammer haben dann charakteristischerweise gezeigt, daß zwei Drittel der DDR-Bevölkerung sich für die Kräfte entschieden haben, die es in der DDR schon gegeben hat. Diese haben sich zwar überwiegend gleichzeitig als „Herolde“ in Bonn angeboten, aber es waren die gewohnten Gesichter. Neue Kräfte wie die Bürgerbewegungen und die SPD sind weitgehend abgeschlagen worden. Man muß bei der Wiedervereinigung immer diese Doppelstruktur beachten: „Identität halten und die Wessis dazu bringen, daß sie uns rausbauen.“

Welche Schlußfolgerungen lassen sich aus solchen Beobachtungen ableiten? Ich halte es für eine Dienstleistung, sich gegenseitig zu beobachten. Ich glaube zum Beispiel nicht, daß die Westdeutschen so über Westdeutsche sprechen könnten, wie wir das in bezug auf die Ostdeutschen versucht haben. Ich könnte mir aber durchaus intelligente Beobachtungen eines Ostdeutschen über die Westdeutschen vorstellen. Die Westdeutschen sind einmal eine ziemlich selbstkritische Gesellschaft gewesen, die über die Wiedervereinigungserfahrung sozusagen strukturell verblödet ist. Wir müßten mit der Unterstützung ostdeutscher Kritik versuchen, diesen Intelligenzverlust zu kompensieren.

Auf die Frage, wie sich die Merkmale verändert haben, gibt es keine bündige Antwort. In Ostdeutschland ist zur Zeit ein außerordentlicher Wandlungsprozeß im Gange, bei dem viele Elemente der alten DDR-Gesellschaft - auch so ablehnenswerte wie etwa die vormilitärische Ausbildung - ins Zwielflicht geraten. Allerdings wäre es falsch zu glauben, daß der Westen auf der Siegerstraße ist, weil der Osten zusammengebrochen ist. Der Westen ist ebenfalls in einer Krise, und zwar schon seit den achtziger Jahren. Und er ist es jetzt durch die zusätzliche Verantwortung noch mehr.

Jutta Schmidt (Stellvertretende Vorsitzende der ÖTV): Sie haben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, die Definition des FDGB als Transmissionsriemen der Partei zum Teil in Frage gestellt. Jeder FDGB-Funktionär war gewohnt, daß über Kultur und Soziales immer wieder die Wünsche der Partei bis an den Arbeitnehmer, in unserem Sprachgebrauch: den Werktätigen, herangetragen wurden. Weil klar war, daß eine FDGB-Funktion nicht vordergründig als politisch empfunden wurde, war es mit dem Berichtssystem ähnlich: Die Menschen waren eher bereit, dem Mitglied der Betriebsgewerkschaftsleitung etwas zu erzählen als dem Parteisekretär. Hier sehe ich ein Problem, das von vielen unterschätzt wurde, und weshalb sich manche Arbeitnehmer im Osten inzwischen wieder aus den Gewerkschaften zurückziehen. Sie hatten gehofft, nun endlich die Gewerkschaften zu haben, die wir uns gewünscht hatten. Daß die Gewerkschaften in der Bundesrepublik aber nur eine begrenzte Rolle

spielen können und nicht diese „politische Verantwortung“ haben, die sie angeblich in der DDR hatten, haben viele dabei wohl übersehen.

Die Dichte der zwischenmenschlichen Beziehungen in Ostdeutschland nimmt zweifellos ab. Vieles von dem, was man sich unter der Käseglocke des SED-Regimes leisten konnte, kann man sich heutzutage nicht mehr leisten. Wenn die Menschen in der DDR bereitwillig von Krankheiten erzählt haben, dann auch deshalb, weil es ja nicht schadete. Im Westen dagegen gibt keiner zu, daß er krank ist, weil es ihm in der Ellenbogengesellschaft nur Nachteile bringt. Der Mensch paßt sich den gesellschaftlichen Anforderungen an. Das haben auch die DDR-Bewohner getan, und viele haben sich ihre Nischen gesucht.

Es war vorhin davon die Rede, daß die Bürokratie in der DDR ganz anders war als die im Westen. Ich denke, es war nicht einmal eine Bürokratie, es war eine Art Feudalsystem mit Gnadenakten. Wenn man zu der richtigen Stelle ging, konnte man jede Verwaltungsentscheidung wieder rückgängig machen.

Ulf Fink (Stellvertretender Vorsitzender des DGB): Die zentrale Frage im Zusammenhang mit unserem Thema heute lautet nach meinem Dafürhalten: Wie haben die Menschen in einer Diktatur überlebt? Man sollte nicht übersehen, daß bestimmte Dinge einfach verboten waren. Die Frage war: Überlebte man oder überlebte man nicht? Und in welcher Form konnte man überleben?

Damit komme ich zum zweiten Thema: Ist es nicht notwendig, daß man klar sagt, daß zu bestimmten Systemen bestimmte Verhaltensweisen gehören? Man kann sie nicht einfach summieren. Man kann nicht die Sicherheit, die es tatsächlich oder scheinbar in vielen Bereichen der ehemaligen DDR gegeben hat, mit bestimmten Zielen verbinden, die wir anstreben. Hier müssen Prioritäten gesetzt werden. Die „Geborgenheit“ der ehemaligen DDR ist nicht mit Wohlstands-, mit Demokratieformen, die wir für notwendig oder richtig halten, kombinierbar.

Das zentrale Problem ist also nicht, ob wir genügend Geld hinüberschaffen und bestimmte Verwaltungshilfen geben, sondern daß wir uns nicht genügend um die Menschen kümmern, die derartig große Veränderungen verkraften müssen.

Gerlinde Kuppe (Landtag Sachsen-Anhalt): Ich bin eine echte Ostpflanze und kann Herrn Niethammer nur bescheinigen, daß ich mich mit meiner eigenen Biographie und mit der Geschichte meiner Familie und meiner Freunde zum großen Teil in seinem Beitrag wiedergefunden habe. Allerdings habe ich ein merkwürdiges Gefühl dabei, mich in dieser Form von außen analysiert zu finden. Bevor ich zum eigentlichen Thema komme, möchte ich eine Anmerkung zum Begriff „soziale Einheit“ machen. Ich habe mit dem Wort keine Schwierigkeiten, weil es für mich nichts mit Gleichmacherei zu tun hat.

Ich möchte ein paar Bemerkungen zum Thema „Frauen“ machen. Ich denke, daß das Verständnis, das wir in den nächsten Jahren von der Rolle der Frau in der Gesellschaft herausbilden werden, eine Schlüsselrolle für die deutsche

Vereinigung spielen wird. In der DDR haben über 90 Prozent der Frauen auf ganz unterschiedlichen Ebenen gearbeitet. Viele waren in unterbezahlten Berufen tätig, aber das war nicht der überwiegende Teil. Es gab viele Frauen mit Fachschulausbildung und qualifizierte Facharbeiterinnen.

Der Zusammenbruch des Frauenarbeitsmarktes ist eine bekannte Tatsache. Zwei Drittel aller Arbeitslosen im Osten sind Frauen. Davon sind ein Großteil Akademikerinnen, Fachschulabsolventinnen, Facharbeiterinnen, von denen die meisten der Generation der etwa Fünfzigjährigen angehört, die wahrscheinlich nie mehr in ihrem Leben einen Arbeitsplatz bekommen werden.

Wie geht es weiter mit den Frauen? Ich denke, daß die Gewerkschaften eine entscheidende Rolle spielen müssen, um den Frauen insgesamt — nicht nur im Osten, sondern auch im Westen - die Chance zu geben, die sie verdienen. Dabei geht es um die Integration ins Berufsleben, aber auch um Fördermöglichkeiten, die Frauen brauchen, um Chancengleichheit zu bekommen. Die Diskussion um eine entsprechende Grundgesetzänderung wird sowohl von politischer wie auch von gewerkschaftlicher Seite zu wenig vorangetrieben.

Lutz Niethammer: Daß die Frauen im Osten sozusagen eine Schlüsselrolle bei der Sozialentwicklung haben werden, hängt unter anderem damit zusammen, daß die weibliche Erwerbsquote in der alten Bundesrepublik eine der niedrigsten in allen entwickelten Industriestaaten war. Alle Umfragen zeigen, daß die Frauen keineswegs an den Herd zurückgeschickt werden wollen. Das ist einer der Punkte, an dem die Diskussion reflexiv werden kann: Wenn die Frauenerwerbsquote wachsen soll, und nichts dafür spricht, daß die Arbeit insgesamt zunehmen wird, dann müssen andere Umverteilungsmechanismen von Arbeit diskutiert werden, dann stellen sich die Fragen nach der Schatten- und Eigenarbeit ganz neu. Das ist ein langfristiges Problem auch im Westen.

Was die Erwartungen an die Gewerkschaften betrifft, muß man sagen, daß ihnen seit 1989 auch das kulturelle Umfeld weggebrochen ist. Im östlichen System gab es eine umfassende Zuständigkeit der Betriebsgewerkschaftsleitungen, die in die Systematik der Arbeiter- und Bildungskultur eingewoben war, wie sie im Westen schon länger weitgehend verlorengegangen ist.

Ich glaube aber, daß die Gewerkschaften gut daran tun, ihr kulturelles Umfeld zu pflegen, wenn sie nicht in Solidaritätssituationen untüchtig werden wollen, weil die traditionellen Verhaltensmuster im produktiven Bereich nicht mehr beständig sind und die Interessen gewerkschaftlicher Klientele immer unterschiedlicher werden. Zur Zeit sind wir in einer Situation, bei der es wie in einem System kommunizierender Röhren darum geht, daß der Erhalt von Arbeitsplätzen Ost einen Abbau von Arbeitsplätzen West bedeutet. Wo ist eigentlich der kulturelle Wert, das kulturelle Umfeld, das es ermöglicht, solche Konflikte innerhalb der Gewerkschaften auszuhalten und dafür eine gemeinsame Basis zu finden?

Was die ostdeutsche Gesamtbefindlichkeit betrifft, habe ich bereits erwähnt, daß die Menschen auch in einer Diktatur ihre eigene Lebenskultur entwickelt haben. Wir sollten unsere Perspektive nicht nur auf die Frage des Überlebens beschränken. Die geradezu explosive Art, die nationale Erwartungen und die Ablehnung nationaler Erwartungen in der ehemaligen DDR spielen, haben etwas mit dem Zusammenbruch des Stolzes über das, was dort objektiv geleistet worden ist, und mit der Arroganz jener Westler zu tun, die betonen, daß alles noch viel schrecklicher sei, als sie es sich jemals vorgestellt hätten. Das ist eine ungeheure fundamentale Verletzung. Es geht nicht nur ums Überleben, sondern es geht auch um die Würdigung der kollektiven Leistung dieser Menschen. Ich meine damit nicht das Regime, sondern die Leistungen der Menschen, die natürlich nicht ganz losgelöst von diesem Regime betrachtet werden können. Darin besteht sicher eine der Schwierigkeiten einer differenzierten Analyse.

Seppel Kraus (Vorstandsverwaltung der IG Chemie): Mein Eindruck ist, daß die Diskussion über Wege zur sozialen Einheit einen ähnlichen Charakter hat wie die Diskussion um Entwicklungshilfe. Man redet über Ostdeutschland wie von einem kleinen fremden Land und auch im Hinblick auf die politische Umsetzung geht es eigentlich nur um die Höhe der Entwicklungshilfe: Wieviel geben wir? Daß wir alle gefordert sind, und daß es darum geht, an Deutschland zu arbeiten, ist mir in der Diskussion bisher zu kurz gekommen.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen: Mir ist der Begriff der Doppelheit zu freundlich, zu unscharf. Wer sich auf den Alltag in der DDR eingelassen hat, und das waren eine ganze Menge Leute, wer zum Beispiel keine Verantwortung übernommen hat für einen höheren Posten, sondern einfacher Arbeiter geblieben ist, konnte sich bequem einrichten. Diese Erfahrung ist natürlich mit der Wende ad absurdum geführt worden, weil die Erwartung, daß derjenige, der sich auf das neue System einläßt, letztendlich auch belohnt wird, nicht erfüllt worden ist. Man kann sich auf unser System einlassen so viel man will, man fliegt trotzdem. Man kann Helmut Kohl wählen und verliert trotzdem seinen Arbeitsplatz. Die Erfahrung, daß es sich lohnt, sich auf das System einzulassen, funktioniert im Westen so nicht.

Die DDR begünstigte die Produzenten. Die Hersteller von Produkten, die Arbeitnehmer, waren abgesichert, der Staat hat sich besonders um sie gekümmert. Dieselben Menschen mußten aber als Konsumenten Schlange stehen und hatten Mühe, an viele Dinge heranzukommen.

Im Westen war es umgekehrt. Man konnte im Prinzip alles kaufen, aber gleichzeitig konnte es passieren, daß man als Produzent durch die Veränderungen der eigenen Konsumgewohnheiten seinen Arbeitsplatz verlor. Im Osten fehlte die sehnlichst erwünschte bevorzugte Behandlung des Produzenten. Ich glaube nicht, daß man beide Ideale so miteinander vereinigen kann, daß damit sozusagen das Glück auf Erden geschaffen ist.

Christian Führer (Nikolaikirche, Leipzig): Einer unserer Schriftsteller hat einmal - mit Blick auf Honecker und sein Zentralkomitee - deren Arbeit als die „mit Hingabe betriebene Abschaffung der Wirklichkeit“ bezeichnet. Ich erinnere daran, damit die Vergangenheit im nachhinein nicht zu schön und harmonisch wirkt. Dem, was zum Aufbruch von 1989 gesagt worden ist, möchte ich ein Wort von Lenin hinzufügen: Der Hunger ist der beste Revolutionär. Hunger nach Gerechtigkeit, nach Freiheit, nach westlichen Lebensverhältnissen hat in der DDR eine enorme Rolle gespielt. Das läßt sich nicht mit dem Generationenkonflikt erklären.

Ich möchte etwas sagen zur Rolle der Kirche: Die evangelische Kirche bot in der DDR die einzigen geistigen und tatsächlichen Freiräume, die auch in zunehmendem Maße genutzt wurden. Wir haben versucht, die Stimme der Stummen zu werden, die Erniedrigten und Beleidigten hereinzulassen und ihnen ein Zeugnis der Betroffenheit zu ermöglichen. Für mich hat sich in meiner Arbeit als Pfarrer nach 1989 nichts geändert: Wir sind auch jetzt wieder für die Erniedrigten und Beleidigten des Systems da, und das sind heute in erster Linie die Arbeitslosen. In der DDR gab es eine verdeckte Arbeitslosigkeit, die der Seele nicht sehr weh tat. Nun haben wir eine offene Arbeitslosigkeit, die als persönlicher Makel, als gesellschaftliche Katastrophe empfunden wird. Diese Arbeitslosigkeit ist verbrämt durch Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, durch Vorruhestand, Null-Stunden-Kurzarbeit - Vokabeln, die wir neu gelernt haben. Wenn man das alles zusammennimmt, kommt man auf eine Arbeitslosigkeit von etwa 40 Prozent. Diese Zahl muß man sich wirklich einmal im Kopf zergehen lassen.

Es geht einfach nicht an, daß immer weniger Menschen immer mehr arbeiten müssen, und immer mehr Menschen überhaupt nicht arbeiten dürfen. Mit diesem Skandal darf sich eine Gesellschaft nicht abfinden. Es liegt in der Verantwortung der Regierung, mehr Chancen zu schaffen, und in der Verantwortung des einzelnen, die Chancen dann auch für sich zu nutzen. Aber das geht nur, wenn es Chancen gibt. Wenn man überhaupt keine Chance sieht, kann man sie auch nicht nutzen.

In Sachsen hat sich bereits eine erste Konferenz der Arbeitsloseninitiativen gegründet. Und diese sächsischen Arbeitsloseninitiativen - wir waren auch dabei - haben in einem offenen Brief an alle Bundestagsabgeordneten in Sachsen einen Skandalpunkt besonders benannt, nämlich, daß der Bundestag für seine Abgeordneten eine Diätenerhöhung auf DM 10 366,- beschlossen hat und gleichzeitig eine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung und der Sozialhilfe zur Finanzierung der Einheit diskutiert wird. Wir haben die Abgeordneten aufgerufen, öffentlich Stellung zu nehmen, ob sie gegen diesen Sozialabbau eintreten, und falls sie das nicht tun, werden ihre Namen in der Zeitung veröffentlicht.

Ich bringe noch eine Bitte aus Sachsen mit: Die Gewerkschaften müßten sich auch für Arbeitslose und Arbeitssuchende zuständig fühlen. Wir haben in

Sachsen eine kurze Zeit lang versucht, eine Gewerkschaft für Arbeitslose zu gründen. Das ist absolut danebengegangen. Und es ist auch klar, warum: Die Arbeitslosen wollen sich nicht auf den Beruf Arbeitslose festlegen lassen.

Karin Benz-Overhage (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall): Bei Ihrem Referat hat sich mir die Frage aufgedrängt, wie der Gegensatz zwischen der sehr weiblichen Arbeitsgesellschaft und der weitgehend männlich dominierten politischen und gesellschaftlichen Führungsstruktur in der DDR zu erklären ist. Sie haben einige Erklärungsmomente genannt, warum es für Frauen vielleicht gar nicht so attraktiv war, aufmüpfig zu werden und innerhalb von Funktionärscliquen aufzusteigen, und Sie haben auf die trotz der hohen Erwerbsquote noch einseitigere Zuständigkeit von Frauen für Familien- und Reproduktionsarbeit hingewiesen, aber das reicht mir nicht. Mir ist im gewerkschaftlichen Prozeß des Zusammenwachsens die Lebendigkeit, das Selbstbewußtsein und die hohe fachliche Kompetenz der Kolleginnen, die wir dazubekommen haben, besonders wichtig. Die hohe Erwerbsquote, die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen in der DDR birgt ein hohes emanzipatorisches Potential, das im Westen nicht so entwickelt ist. Ich frage mich, warum dieses emanzipatorische Potential sich nicht lebhafter, aufmüpfiger eingemischt hat in die Organisation von Führungsprozessen, warum relativ wenig um Funktionen gestritten wurde. War das eine Kapitulation, war das Betriebsstrategie? Dieses Potential ist jedenfalls überaus wichtig, um Umverteilungsprozesse von Arbeit zwischen Ost und West, zwischen Männern und Frauen und innerhalb des Arbeitspotentials einer Zwei-Drittel-Gesellschaft zu realisieren.

Ingrid Brandenburg (Landesvertretung Brandenburg): Frauen sind manchmal etwas klüger als Männer. Wir hatten nicht die Absicht, uns in diesen Parteiapparat einzumischen und dort aufgerieben zu werden. Es gab nur wenige, die in die politischen Apparate, in höhere Funktionen wollten. Dies war kein resignativer Schritt, sondern ein Rückzug auf Positionen, von denen viele der Meinung waren, daß sie von dort aus mehr erreichen könnten. Im Arbeitsleben hätten wir allerdings durchaus gern mehr Chancen gehabt, Führungspositionen zu übernehmen. Dies ging aber nur in einem begrenzten Maße, weil die sozialen Belange, zum Beispiel Kinderbetreuung, Grenzen setzten.

Wichtig scheint mir, daß Ost und West gleichermaßen sozusagen unters Mikroskop kommen. Die ganze Diskussion um Ostdeutschland dreht sich für meinen Geschmack viel zu ausschließlich ums Geld. Dabei haben doch beide, Ost und West, einen Werteverlust erlitten, was allerdings nur den Menschen im Osten bewußt ist.

Was wir brauchen, ist das Gespräch. Ich arbeite jetzt in der Landesvertretung Brandenburg in Bonn, also im Westen, und erlebe immer wieder, daß ein Gespräch ganz normal beginnt - über dienstliche und sonstige Probleme - und plötzlich scheiden sich die Geister. Die einen erzählen von ihren Urlauben, und die aus Mecklenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen reden über ihren



Garten, über den gerade überstandenen Umzug und wie man mit der neuen Situation fertig wird. Alle diese für uns alltäglichen Probleme können wir mit den West-Kollegen nicht bereden, weil man darüber hier eben nicht spricht. Auch nicht über Krankheiten oder die Frage, wie man mit dem Geld zurechtkommt. Und schon gar nicht über die Seele. Wir möchten aber, daß auch über die Seele gesprochen wird.

Bernhard Hecker (IG Metall, Thüringen): Ich bin zur IG Metall gekommen, weil ich in der Gewerkschaft das Stückchen Menschlichkeit gesucht habe, das ich in dem neuen Staat, in der Bundesrepublik vermißt habe. Dieter Wunder hat vorhin gesagt, daß es den Menschen drüben genauso gehen soll wie denen im Westen. Möchte ich das wirklich? Geht es den Menschen im Westen denn wirklich so gut? Ich habe mit unserem früheren Staat viele politische Probleme gehabt. Ich habe damals immer großen Respekt vor der ökonomischen Effizienz der Wirtschaftsmacht Bundesrepublik gehabt. Ich dachte, Mensch, was schaffen die da, und wir arbeiten auch hart, trotzdem geht es nicht vorwärts. Immer mit dem Blick nach oben und mit der Traurigkeit im Innern. Warum durfte ich nie fahren, wohin ich wollte? Ich durfte weder in die CSSR noch nach Polen. Das hat mich bedrückt, aber ich habe es überlebt. Als ich dann fahren durfte, kam die Euphorie, und ich verhehle nicht, daß ich die deutsche Einheit wollte. Ein Stück Last war damit weg. Mein erstes Reiseziel war Frankfurt am Main, wo ich Verwandtschaft habe. Ich war enttäuscht: Meine Tante hat mir Frankfurt gezeigt, sie hat mich durch Kaufhäuser gejagt, weil sie mir Gutes tun wollte. Ich war danach geschafft, es war für mich erstaunlich anstrengend. Mich hat das Materielle, was ich dort vorgefunden habe, nicht beeindruckt. Ich war eher enttäuscht, obwohl ich weiß, daß es viele Ostdeutsche beeindruckt hat. Ich habe auch unschöne Dinge gesehen, zum Beispiel saß da ein Mensch am Bürgersteig, hielt eine Flasche in der Hand und bettelte, und gutgekleidete Menschen liefen achtlos vorbei. Ich war enttäuscht, als ich festgestellt habe, wie fremd ich hier manchmal bin.

Zu DDR-Zeiten gab es ein kollektives Zusammengehörigkeitsgefühl. Es gab unterschiedliche politische Meinungen, auch in den Betrieben, und sie wurden auch diskutiert. Es stimmt nicht, wenn immer behauptet wird, man habe nichts sagen dürfen. Bis zu einem gewissen Punkt ging das schon. Man durfte nicht an die Öffentlichkeit, das ist klar, aber in den Betrieben wurde durchaus diskutiert.

Der Betrieb, aus dem ich komme, ich komme aus der Stahlindustrie, hat innerhalb von zwei Jahren von 6 000 Beschäftigten auf 620 Beschäftigte abgebaut. Das muß man sich einmal vorstellen. Den Menschen wird ernsthaft erzählt, das müsse sein, weil der Betrieb wirtschaftlich arbeiten müsse. Weil wir Marktwirtschaft haben, die wir wollten, mußst du deinen Arbeitsplatz abgeben.

Man muß sich doch einmal in die Menschen hineinversetzen, die in dem vergangenen System gelebt haben: Damals wurde alles über den Betrieb organisiert. Im Betrieb war die Sozialversicherung, im Betrieb war das Finanzamt,

man brauchte sich nicht einmal um seine Steuer zu kümmern. Natürlich hat dies das Selbstbewußtsein der Menschen ein Stück beeinträchtigt. Aber wo ist denn jetzt das Selbstbewußtsein des Menschen? Sie stellen fest, daß sie das, was jetzt ist, so nicht gewollt haben. Dennoch müssen sie einsehen, daß es so ist. Genauso ist das mit dem Recht. Vom Rechtsstaat war viel die Rede. Und nun stellen viele, die vor Gericht gehen, fest, daß sie zwar ein Urteil bekommen, aber das Recht nicht verstehen. Alles in allem: Die Menschen im Osten haben Angst, eine wahnsinnige Angst, die man sich im Westen nicht vorstellen kann. Die Ruhe, die dort herrscht, basiert auf Angst. Fast jeder bangt nämlich um seine Existenz.

Lutz Niethammer: Es ist mehrfach auf die Notwendigkeit von Gespräch hingewiesen worden. Vielleicht kann man den Prozeß, den wir hier gewissermaßen auf Spitzenfunktionärebene führen, weitertragen. Wenn die Gewerkschaften das wollen, brauchen sie gemeinsame Projekte, mit denen man konkrete Fortschritte erreichen kann. Und vielleicht kann ein solcher Prozeß auch zu einer gemeinsamen Diskussion über das beitragen, was die Gewerkschaften eigentlich in Zukunft wollen. Was den Ertrag von reinen Begegnungsprogrammen angeht, bin ich allerdings skeptisch.